**Bevölkerungswachstum****«Wer bezahlbaren Wohnraum will, muss das Bauen erleichtern»**

Die Schweizer Bevölkerung wächst, und die Fläche wird knapper. Das erhöht den Druck auf Raum, Wohnen und Infrastruktur. Im Gespräch mit der St. Galler Kantonalbank erklärt Michele Salvi, wie die Schweiz das Wachstum steuern könnte und welche Konsequenzen sich für Unternehmen und Immobilieninvestoren ergäben. Das ganze Interview gibt es [hier](#).

Finanzpolitik**Problematische ETH-Umfrage zur Entwicklungshilfe**

Die Schlagzeilen waren eindrücklich: 77% der Schweizer Bevölkerung wollen die Ausgaben für Entwicklungshilfe erhöhen oder beibehalten – weniger als ein Viertel wolle höhere Militärausgaben. So fasste das NADEL Zentrum für Entwicklung und Zusammenarbeit der ETH seine neue Umfrage zusammen. Christoph Eisenring entdeckte dabei allerdings gleich mehrere Probleme. Unter anderem sprechen sich rund 40% der Befragten für höhere Militärausgaben aus. Die faktisch falsche Aussage wurde von der ETH inzwischen korrigiert, [doch das eigentliche Problem liegt weitaus tiefer](#).

Die Zahl**22 Milliarden Franken**

So viel Steuern mussten die Schweizer Haushalte von 2011 bis 2024 zusätzlich an Bund, Kantone und Gemeinden abtreten, weil die [warme Progression](#) nicht ausgeglichen wird. Ursache ist die allgemeine Zunahme der Reallöhne seit 2010. Weil die Steuertarifgrenzen nicht entsprechend erhöht werden, rutschen über die Zeit immer mehr Personen in höhere Steuerklassen. (LUR)

Antifragile Schweiz**Wie wir in einer Welt der Unordnung wieder Tritt fassen**

Zölle, Krisen, geopolitische Verschiebungen und Reformstau setzen die Schweiz zunehmend unter Druck. Die gewohnte Stabilität wirkt weniger selbstverständlich, das politische System gerät unter Rechtfertigungsdruck. Doch die zentrale Frage lautet nicht, ob das «Modell Schweiz» gescheitert ist – sondern wie es in einer unsichereren Welt wieder funktionsfähig bleibt. Das schreiben Jürg Müller, Christoph Eisenring und Patrick Leisibach [in ihrem Beitrag](#) für die Handelskammer beider Basel.

Presseschau**Avenir Suisse in den Medien**

Lohnprozentbremse: [«24 heures»](#) hat sich in einem Beitrag dem Vorstoss von Ständerat Andrea Caroni angenommen, der unsere Idee für eine [Lohnprozentbremse](#) umsetzen will. Demnach soll die Höhe der Lohnbeiträge in der Verfassung verankert werden – ähnlich wie bei den Steuern. Jede Erhöhung müsste Volk und Ständen vorgelegt werden. Der Vorstoss wird von rund zwanzig bürgerlichen Ständeräten mitgetragen.

Auch andere Medien haben unsere Idee einer Lohnprozentbremse wieder aufgegriffen: Die [«NZZ»](#) berichtet darüber, und Andrea Fanzun, Präsident der Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, unterstützt den Vorschlag in einem Gastbeitrag in der [«Südostschweiz»](#) (Print).

Wohnpolitik: Mit Aufzonungen will die neue Stadtzürcher Bau- und Zonenordnung (BZO) die Verdichtung fördern. Das sei wichtig angesichts der Wohnungsknappheit, sagt Marco Salvi gegenüber [«Tele Z»](#). Gleichzeitig enthalte die Vorlage aber auch restriktive Elemente, die Bauinvestitionen verteuern dürften.



Salvi betont, dass ohne zusätzliche Bautätigkeit eine weniger sichtbare Form der Verdrängung drohe: Ohne Verdichtung hätten insbesondere junge und mobile Menschen deutlich grössere Mühe, in der Stadt eine Wohnung zu finden.

Nachhaltigkeitsberichterstattung: Die [«Weltwoche»](#) greift eine [Analyse von Avenir Suisse zu den Kosten der EU-Nachhaltigkeitsregulierung](#) auf. Demnach könnten die Belastungen für Schweizer Unternehmen durch Berichtspflichten und Sorgfaltspflichten deutlich steigen – insbesondere bei einer vollständigen Angleichung an EU-Vorgaben. Kritisiert wird zudem, dass der Bundesrat die volkswirtschaftlichen Kosten tendenziell unterschätze und zusätzliche Regulierung sowie neue Behörden plane.

Risikokapitalmarkt: Viele Länder investieren Milliarden in ihre Startup-Szene. Doch die Schweiz zögert, schreibt die [«Bilanz»](#) und verweist auf eine [Avenir-Suisse-Studie](#). Der hiesige Risikokapitalmarkt funktioniere grundsätzlich, ein staatliches Eingreifen als direkter Investor sei nicht erforderlich – ja sogar häufig kontraproduktiv.

Erbschaftssteuern: Im Schweizer Steuersystem werden Vermögen und Erbschaften tendenziell begünstigt, während Arbeit aufgrund der Progression stark belastet wird. Das wirkt sich insbesondere für den Mittelstand nachteilig aus. Michele Salvi plädiert daher im [«Beobachter»](#) für die Einführung einer Flat Rate Tax mit Pauschalabzug, um Erwerbseinkommen zu entlasten. Die Einführung neuer und zusätzlicher Steuern beurteilt er kritisch.

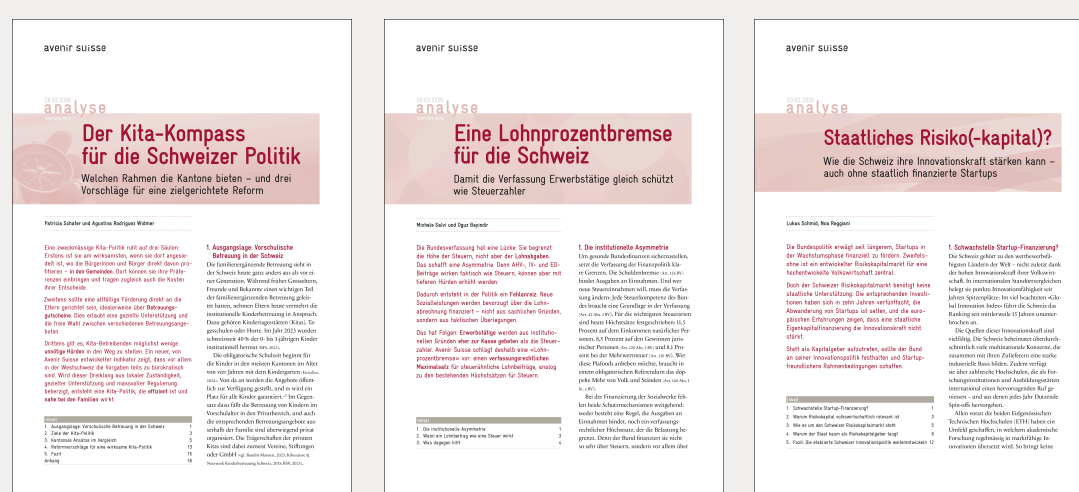
Kita-Politik: Das Onlineportal [«Watson»](#) verweist in ihrem Artikel zum Kita-Gesetz auf unsere Studie [«Kita-Kompass»](#). Dieser zeigt, dass der grösste Handlungsbedarf bei Kantonen und Gemeinden liegt: Dort bestehen zu viel Bürokratie und zu oft wird mit der Giesskanne gefördert.

Newsletter weitergeleitet?

Wenn diese E-Mail an Sie weitergeleitet wurde, [melden Sie sich für den Avenir-Suisse-Newsletter](#) an, um über unsere neuesten Arbeiten auf dem Laufenden zu bleiben.

Wer wir sind?

[Avenir Suisse](#) erarbeitet als unabhängiger Think-Tank marktwirtschaftliche, liberale und wissenschaftlich fundierte Ideen für die Zukunft der Schweiz.

Unsere aktuellen Publikationen

[Kita-Kompass für die Schweizer Politik](#)

[Lohnprozentbremse für die Schweiz](#)

[Staatliches Risiko\(-kapital\)?](#)

Newsletter verpasst?

Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).

